

LEITARTIKEL

Die große Entlastungsillusion

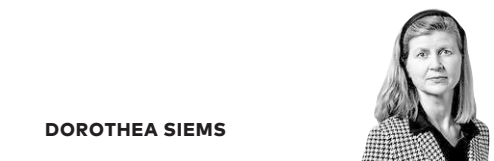
Die aktuelle Krise mit Inflation und Energiepreisschock trifft die Bevölkerung in der ganzen Breite und mit voller Wucht. Der politische Reflex auf diese Ausnahmesituation ist der gleiche wie schon in den zwei Corona-Jahren: Alle paar Monate wird ein neues Hilfspaket mit allerlei Einzelmaßnahmen auf den Weg gebracht. Weil auf diese Weise die Debatte über mögliche Entlastungen niemals abreißt, wächst bei Bürgern und Unternehmen die Erwartung, der Staat könne die Härten weitgehend abfedern.

Doch das ist ein Irrtum, wie CDU-Chef Friedrich Merz zu Recht warnt. Der Oppositionsführer wirbt für weniger, aber dafür gezielte Maßnahmen vor allem für Wenigverdiener. Aber die Koalitionäre nähren lieber unverdrossen die Entlastungsillusion der ganzen Bevölkerung. Und der Bundeskanzler verspricht zum Auftakt der Klausurtagung in Meiseberg, jetzt rasch zu liefern. Olaf Scholz will all denjenigen helfen, die bis zu 4000 Euro im Monat brutto verdienen. Das sind viele: Das sogenannte mittlere Gehalt, bei dem eine Hälfte mehr, die andere weniger verdient, liegt in Deutschland bei rund 3.300 Euro. Mit einer Entlastung demnach deutlich mehr als 50 Prozent der Arbeitnehmer erreichen zu wollen, ist vermessen. Hinzu kommt noch, dass die Koalitionäre vorhaben, auch Rentner und Studenten beim dritten Hilfspaket einzubeziehen. Inzwischen ist gar die Rede davon, die finanzielle Unterstützung des Staates müsse „die breite Mitte“ erreichen. Damit wäre die Grenze dann erst bei einem zu versteuernden Jahreseinkommen von rund 60.000 Euro erreicht.

Außen vor blieben bei den staatlichen Hilfen zur Bewältigung des Energiepreis-Schocks und der insgesamt hohen Inflation nur diejenigen, die sich zur oberen Mittelschicht oder gar zu den relativ Reichen zählen können. Allerdings gehört laut einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft nicht einmal jeder Fünfte in Deutschland einer dieser beiden einkommensstärksten Gruppen an und verfügt somit über mindestens 150 Prozent des mittleren verfügbaren Einkommens. Die Hälfte der Bürger zählt zur Mitte im engeren Sinne. Die untere Mitte und die Gruppe der relativ Armen ist etwa gleich groß und umfasst zusammen ein Drittel der Bevölkerung.

Wollte der Staat tatsächlich neben dem einkommensschwächeren Drittel der Gesellschaft auch noch dem Großteil der Mittelschicht einen finanziellen Ausgleich zu den gestiegenen Energiekos-

ten zahlen, stellt sich die Frage: Wer soll das bezahlen? Die restlichen knapp 20 Prozent der Bevölkerung werden die gewaltigen Summen mit Sicherheit nicht stemmen können. Die krisengebeutelte Wirtschaft zusätzlich zu belasten, dürfte sich in dieser Konjunkturlage von selbst verbieten. Auch die Idee einer „Übergewinnsteuer“ für die wenigen Konzerne, die von den gestiegenen Energiepreisen profitieren, ist juristisch heikel und brächte realistischere zudem keineswegs die gigantischen Summen, die ihre Anhänger suggerieren.



DOROTHEA SIEMS

Damit bleibt nur der Weg über immer neue Schulden. Genau diese Lösung favorisieren Grüne und große Teile der SPD. Doch schon die Pandemie hat die öffentlichen Ausgaben aus dem Ruder laufen lassen. Die Sozialversicherungen brauchen immer mehr Steuermittel, um noch über die Runden zu kommen. Für die überfällige Aufstockung des Bundeswehrretats hat die Ampel bereits einen riesigen auf Pump finanzierten Schattenhaushalt – euphemistisch als Sondervermögen tituliert – gebildet. Auch der neue Klimaschutzfonds ist schuldenfinanziert. Und überall geht es um gigantische

Summen, die in der Zukunft erst noch verdient werden müssen.

Angesichts dieser gewaltigen Finanzlücken im Staatshaushalt immer neue Entlastungsversprechen für immer größere Bevölkerungsteile abzugeben, ist fahrlässig. Zumal das verteilte Geld wieder ausschließlich in den Konsum fließen würde. Die Koalitionäre brauchen jetzt Rückgrat, um die Wünsche der Lobbyisten abzuwehren. Nicht jedes Unternehmen muss und kann gerettet werden. Scholz sollte sich auch nicht beeindrucken lassen von der Warnung des Sozialverbands VdK, dass die Wut der Rentner von Woche zu Woche wachse. Die Vermögensverteilung im Lande zeigt, dass keineswegs alle Ruheständler ohne finanzielle Reserven dastehen. Nur auf die staatliche Rente zu schauen, ergibt kein vollständiges Bild der sozialen Lage der Senioren. Kurzfristige Geldtransfers oder Vergünstigungen wie das 9-Euro-Ticket oder der dreimonatige Tankrabatt für große Teile der Gesellschaft sind der falsche Ansatz in dieser Wirtschaftskrise. Denn es handelt sich um einen angebotsseitigen Konjunkturschock, der vom Ausland her Deutschland erreicht hat.

Schon vor dem barbarischen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine sorgten Rohstoffengpässe, wiederholte Produktionsunterbrechungen in China und Lieferkettenprobleme für steigende Inflationsraten. Die Ukraine-Krise hat zudem eine veritable Energiekrise obendrauf gesetzt. Von den horrenden Preissteigerungen sind hierzulande alle betroffen, und kaum jemand bleibt verschont oder profitiert gar von der Krise. Die Gesellschaft insgesamt erlebt einen Wohlstandsverlust. Das ist schmerzhaft, kann aber mit kurzfristigen Transfers und Vergünstigungen überhaupt nicht kompensiert werden. Falsch ist die – von der Politik geschürte – Erwartung in der Mittelschicht, dass gerade sie Anspruch auf Hilfsleistungen hätte, weil sie schließlich den Staat zu einem großen Teil finanziert.

Gerade weil die Politiker immer nur das verteilen können, was sie vorrangig der Mitte abnehmen, sollte diese darauf pochen, staatliche Hilfe nur gezielt und in Maßen zu gewähren. Die Linken versuchen wie immer, mit dem Hinweis auf „die Reichen“ Umverteilungsorgien zu starten. Doch weil die Einkommens- und Vermögensspitze so schmal ist und bereits weit überproportional an der Finanzierung des Staates beteiligt ist, geht jede Umverteilung im Steuer- oder Sozialsystem am Ende vor allem zu Lasten der Mitte.

Wenn die Ampel der Mittelschicht jetzt eine Entlastung in Aussicht stellt, sollte jeder Begünstigte im Hinterkopf haben, dass er diese mit umso höheren Abgaben später selbst plus Zinsen und Bürokratieverlusten bezahlen wird. Gerade in der Krise braucht es eine solide Finanzpolitik, die, anstatt auf das Gießkannenprinzip zu setzen, nur den wirklich Bedürftigen hilft und ansonsten die Zukunftsaufgaben nicht vernachlässigt. Dringend nötig wäre zudem eine klare marktwirtschaftlich ausgerichtete Ordnungspolitik, die Deutschland zurück auf den Wachstumspfad bringt. Denn es ist die Wirtschaft, die die materielle Grundlage unseres Wohlstands schafft, nicht der Staat.

dorothea.siems@welt.de

GASTKOMMENTAR

Über den Glauben kann man nicht abstimmen

Gilbert K. Chesterton hat bemerkt, die Moral eines Autors sei nicht jene, die er propagiere, sondern jene, die er als selbstverständlich stillschweigend voraussetze. Analog dazu ist die Ideologie der Verfechter des „Synodalen Wegs“ in Deutschland und – in abgewandelter Form – in der Schweiz nicht hinreichend mit den Forderungen nach der Abschaffung des Pflichtzölibats, der Einführung des „Frauenpriestertums“ und der Akzeptanz gelebter Homosexualität beschrieben.

Die als selbstverständlich stillschweigend vorausgesetzte Ideologie ist eine andere: Nicht mehr der sich selbst offenbarende Gott und damit das Evangelium sowie die kirchliche Überlieferung sind für die Kirche maßgebend, sondern die zeitgenössische, postchristliche Weltanschauung. Demokratie und ihre Korrelate der politischen Gleichheit sowie der Mitbestimmung sind unter der Hand zum neuen „Evangelium“ der Kirche geworden. Nicht anders kann man das Übergehen der kirchlichen Überlieferung deuten. Alexis de Tocqueville hat als einer der Ersten im 19. Jahrhundert die alles durchdringende und umgestaltende Kraft der Demokratie erkannt. Nachdem sie alle veränderlichen Institutionen der Menschen erneuert habe, stoße sie zuletzt auf das Unveränderlichste: das Christentum. Da dessen Substanz ewig sei, könne die Demokratie es nicht verändern. Nur dessen Form und Sprache würden sich wandeln.

Angesichts des „Synodalen Wegs“, der vom 8. bis 10. September in Frankfurt mit der vierten von fünf „Synodalversammlungen“ in die entscheidende Phase eintritt, muss man feststellen: Die Demokratie ist auch daran, die Substanz des Christentums zu verändern. Denn diese wird nicht mehr als geoffenbart geglaubt und gerät dadurch in die Verfügungsgewalt des sich selbst ermächtigenden Menschen.

Der Vergleich mit der Kirche im revolutionären Frankreich macht dies deutlich. Im Jahre 1789 materiell geplündert, sollte sie – und damit auch ihr Glaube – mittels der „Constitution civile du clergé“ (1790) in der Substanz verändert werden.



MARTIN GRICHTING

Der Papst in seiner Rolle als oberster Hirte und Garant der Unversehrtheit der kirchlichen Lehre wurde aus der Nationalkirche ausgeschlossen. Bischöfe und Pfarrer sollten gemäß der Zivilverfassung fortan vom Volk gewählt werden. Zudem wurden ihnen „Räte“ beiseitegestellt, um sie zu kontrollieren. Als vom Staat besoldete Funktionsklasse des „service public“ sollte der Klerus dadurch in die neue Gesellschaftsform eingepasst werden und deren Zivilreligion dienen. Eine gläubige und deshalb wehrhafte Kirche – Laien, Priester, die Mehrheit der Bischöfe und der Papst – hat dieses Ansinnen damals trotz eines hohen Blutzolls vereitelt.

Heute ist das anders: Mit der Politik und der Sozialindustrie verbandelte Funktionäre sowie die Mehrheit der Bischöfe huldigen dem neuen Kult des politisch korrekten Wesens, das Christus, den König, entthront hat. Das Zweite Vatikanische Konzil (1962-1965) scheint längst vergessen. Es hatte im Dokument „Gaudium et Spes“ noch betont, die Kirche dürfe in keiner Weise hinsichtlich ihrer Aufgabe und Zuständigkeit mit der politischen Gemeinschaft verwechselt werden. Die politische Gemeinschaft und die Kirche seien auf je ihrem Gebiet voneinander unabhängig und autonom, also „eigen-gesetzlich“.

Davon ist in den „Synodalen Wegen“ in Deutschland und in der Schweiz wenig übrig geblieben. Dort gilt stillschweigend, was schon das Volk Israel dem Propheten Samuel gegenüber trotziger Reklamiert hat: „Auch wir wollen wie alle anderen Völker sein“ (1 Samuel 8, 20). Gott scheint tot zu sein. Und der Gottessohn Jesus Christus ist als der Weg, die Wahrheit und das Leben (Johannes 14,6) entbehrlich geworden – genauso wie seine Priester,

über deren Existenzberechtigung man ergebnisoffen diskutiert. Die Kirche in Deutschland und in der Schweiz steht mit den „Synodalen Wegen“ wieder dort, wo sie sich vor 200 Jahren befunden hatte. Schon damals erkannte der Tübinger Theologe Johann Adam Möhler (1796-1838), dass hinter kirchenpolitischen Forderungen wie der Abschaffung des Zölibats eine Ideologie wirksam war, die alles nur „endlich“ zu begreifen vermöge und deshalb dem „Glauben an ein Einwirken des Unendlichen ins Endliche“ feindlich gesinnt sei.

Der Angriff auf den Zölibat erfolge deshalb nicht zufällig, bemerkte er in seiner Schrift „Vom Geist des Zölibates“ (1828). Denn dieser enthalte „ein unverkennbares Zeugnis von der Nicht-Einerleiheit der Kirche und des Staates“ – letzterer zu Möhlers Zeiten noch verstanden als das Gesamt der säkularen Gegenöffentlichkeit. Er halte den Gegensatz von Kirche und Staat fest, werde den „Untergang“ jener in diesen „ewig verhindern“ und die „Verweltlichung der Kirche“ hemmen. Je mehr man daher alles durch Zurückführung auf diesen zu verendlichen suche, desto mehr müssten „der Primat und der Zölibat gemeinsam ein Gegenstand des Hasses werden“.

Auch der „Synodale Weg“ ist der Ausdruck der Überzeugung, dass es „ein Einwirken des Unendlichen ins Endliche“ nicht gebe. Deshalb liefert er die Kirche dem Säurebad des säkularen Zeitalters aus. In der solcherart nationalkirchlich verzweigten Kirche wirkt nicht mehr die „Macht Gottes“ in der „Schwäche der Zeugen“. Letztere nehmen in der religiösen Demokratie das Heft selbst in die Hand. Die von ihnen verendlichte Kirche teilt dann jedoch das Geschick der Demokratie. Dieses besteht gemäß Tocqueville darin, dass sie nur durch Erfahrungen lernen können. Die Erfahrung, welche die selbstsäkularisierte Kirche machen wird, hat schon Jesaja (7, 9) auf den Punkt gebracht: „Glaubt ihr nicht, so bleibt ihr nicht.“

Der Autor war Generalvikar des Bistums Chur und beschäftigt sich publizistisch mit philosophischen und theologischen Fragen.

KOMMENTAR

Das ist die ehrlichste Antwort



KLAUS GEIGER

Europa diskutiert über eine Ausbildungsmission für ukrainische Soldaten – und verliert sich in Feinheiten. Erlaubt der EU-Vertrag die Ausbildung fremder Soldaten auf EU-Territorium? Soll es eine EU-Mission geben oder soll die EU nur nationale Missionen koordinieren? Soll die Ausbildung gar in der Ukraine stattfinden?

Hinter den Abwägungen steht erneut jene Kernfrage, die die Menschen in Europa seit Beginn des Krieges umtreibt: Ab welchem Punkt werden die europäischen Verbündeten der Ukraine zur Kriegspartei? Erst wenn Nato-Kampfflotten in der Ukraine angreifen oder bei Einrichtung einer Flugverbotszone? Wenn der Westen Waffen liefert? Oder erst, wenn er an diesen Waffen auch ausbildet?

Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages hat schon Mitte März ein detailliertes Gutachten vorgelegt, ab wann Deutschland zur Kriegspartei würde. Darin werden zunächst scheinbar rote Linien definiert. Mit Verweis auf das Völkerrecht etwa steht dort, dass Waffenlieferungen, egal welchen Umfangs, nicht als Kriegseintritt zu werten seien. Erst bei der Ausbildung an solchen Waffen „würde man den

gesicherten Bereich der Nichtkriegführung verlassen“. Aber das Gutachten des Bundestags traut sich offenbar selbst nicht: An anderer Stelle heißt es, rote Linien ließen sich „nicht exakt definieren“. Vielmehr existierten Grauzonen, die jeweils „im konkreten Einzelfall“ auszuleuchten seien.

Das ist die ehrlichste Antwort. Es gibt keine trennscharfen Grenzen in diesem Krieg. Wladimir Putin zeigt seit 20 Jahren, dass ihn nur eine Form des Rechts interessiert – das des Stärkeren. Für den Westen bleibt es ein Balanceakt. Er muss vermeiden, Putin durch ein offenes Eingreifen zu einer Eskalation zu zwingen. Trotzdem muss er selbstbewusst und couragiert an der Seite der Ukraine stehen – und die Eskalationsgefahr nicht als Vorwand für bequemes Appeasement nutzen.

Die EU sollte sich deshalb nicht hinter Verfahrensfragen und Bedenken verstecken, sondern eine Ausbildungsmission beschließen. Ohnehin werden ukrainische Soldaten von Deutschland schon an Gepard-Panzern ausgebildet, Großbritannien bildet Soldaten sogar auf ukrainischem Boden aus. Die Bundesregierung sollte gelernt haben aus jenen Tagen, als schon einmal über eine EU-Ausbildungsmission debattiert wurde. Deutschland verhinderte das damals und argumentierte, man dürfe Russland nicht provozieren. Das war am 21. Februar. Drei Tage später griff Wladimir Putin die Ukraine an.

klaus.geiger@welt.de

KOMMENTAR

Ein Ost-Block wäre falsch



CHRISTIAN MEIER

Die Forderung, es dürfe „keine Denkverbote“ geben, gehört zum modernen rhetorischen Rüstzeug. Die Phrase kündigt an, dass gleich ein radikaler Vorschlag auf den Tisch kommt – und dass es Versuche geben wird, diesen Vorschlag sofort wieder vom selbigen runterzuschubsen.

So verhält es sich auch mit einem neuen „Diskussionsangebot“ der Fraktion der Linken im Landtag von Sachsen-Anhalt: Es dürfe keine Denkverbote zur Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks geben, heißt es in dem Papier. Die Politiker regen eine rein ostdeutsche öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt für die Bundesländer Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Brandenburg, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern an. Der krisengeschüttelte Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) würde aufgelöst, Mecklenburg-Vorpommern dem Norddeutschen Rundfunk (NDR) weggenommen. Ziel sei, dem Osten mehr Gewicht und Mitsprache innerhalb der ARD zu verschaffen, sowohl inhaltlich wie personell. Denn zu groß sei weiterhin „die Dominanz westdeutscher Entscheider“ und Anstalten wie des WDR in Köln.

LESERBRIEFE

Ukraine-Krieg

Zu: „Friedensinteresse“ vom 29. August

Nun ist Michael Kretschmer sicher nicht der Einäugige unter den Blinden, der im Moment im großen Garten Eden der Weltpolitik herumstolpert und dadurch für Frieden in Europa sorgen wird. Aber seine Stimme ist die eines besorgten ostdeutschen Ministerpräsidenten, der noch Russisch in der Schule gelernt hat (wie viele Millionen Menschen in den neuen deutschen Bundesländern) und durch Milieuerfahrungen vor Ort ganz andere Lebenserfahrungen mit russischer Seele und Kultur verbinden kann. Diese „Kenntnisse“ sollte man nutzen. Das prädestiniert ihn zwar nicht zum geborenen Verhandler mit Putin oder

Moskau überhaupt. Andererseits hätte es in der Geschichte so gut wie keine Waffenstillstandslösungen gegeben. Am Ende kommt bei Verhandlungen immer etwas Anderes heraus. Nur – irgendwann muss man damit beginnen.

DETLEF RILLING, SCHARBEUTZ

Wir müssen die Sanktionen beenden, weil diese nicht nur Russland schaden, sondern auch uns. Der einzige Weg dazu ist die schnelle und umfangreiche Lieferung von Waffen an die Ukraine, damit Russland geschlagen wird und Friedensbedingungen von uns akzeptiert. Bevor Russland geschlagen ist, gibt es keine Möglichkeit einer Friedensverhandlung, weil weder Russland noch Ukraine dies will. Da nutzt die Träumerei von Michael Kretschmer und anderen nichts.

BERNHARD NOKE, WELT-COMMUNITY

Ihre Post an: DIE WELT, Brieffach 2410, 10888 Berlin, Fax: (030) 2591-71606, E-Mail: forum@welt.de

Leserbriefe geben die Meinung unserer Leser wieder, nicht die der Redaktion. Wir freuen uns über jede Zuschrift, müssen uns aber das Recht der Kürzung vorbehalten. Aufgrund der sehr großen Zahl von Leserbriefen, die bei uns eingehen, sind wir leider nicht in der Lage, jede einzelne Zuschrift zu beantworten.